Verkauf der Abwasserkanäle soll kommunale Kassen sanieren

>> Die Hoffnungsträger klammer Städte und Gemeinden liegen tief im Boden vergraben. Ein Verkauf der kommunalen Abwasserkanäle, so die Idee, könnte viel Geld in die leeren Kassen spülen. Die nordrhein-westfälisch Landesregierung prüft derzeit, ob das Verkaufsprozedere für Kommunen erleichtert werden kann.

Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen geht es derzeit in etlichen Kommunen richtig rund. In Bottrop legen sich die Sozialdemokraten für einen Verkauf des Abwassernetzes ins Zeug, in Dortmund favorisiert die CDU die Veräußerung, in Oberhausen liegen entsprechende Pläne ebenfalls auf dem Tisch. Selbstständige Entsorgungsunternehmen reiben sich bereits die Hände. "Das wird in den nächsten Jahren ein Milliardengeschäft", freut sich der Sprecher eines privaten Entsorgungskonzerns schon heute.

Zwar will der Vorsitzende der Bottroper SPD-Fraktion, Josef Ludes, die kommunale Mehrheit am Abwassernetz nicht vollständig abtreten. Mit einer Anstalt öffentlichen Rechts, die Geld aufnimmt, um dann das unterirdische Netz von der Stadt zu kaufen, könnten aber - so die Überlegungen - 95 Mio. Euro in die klamme Stadtkasse fließen. Die Christdemokraten in Dortmund möchten das Netz lieber gleich vollständig an einen privaten Investor abgeben.

Komplette Neuorganisation wird erwogen

Rückendeckung könnten die verkaufswilligen Kommunen schon bald von der CDU/FDP-geführten nordrhein-westfälischen Landesregierung erhalten. "Wir bereiten eine Änderung des Landeswassergesetzes vor", sagte eine Sprecherin des zuständigen Umweltministeriums FTD Online. Eine komplette Neuorganisation der Kanalisation werde erwogen, hieß es weiter.

Obwohl noch nichts entschieden wurde, warnt der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) bereits jetzt vor einer Erleichterung der

Privatisierung der bis dato kommunalen Pflichtaufgabe. "Der hoheitliche Charakter der Abwasserentsorgung würde angeknabbert", prophezeit der Sprecher des Zusammenschlusses von 360 Kommunen des größten Bundeslandes, Martin Lehrer. Kommunen, die sich für einen Verkauf aussprechen, seien lediglich an kurzfristigen Effekten interessiert. "Wer damit liebäugelt, erhofft sich einen Beitrag zur Sanierung des maroden Haushalts".

Strukturell seien mit einem Verkauf der Abwasserkanäle an einen privaten Betreiber keine Verbesserungen zu erwarten, im Gegenteil. Die Bürger müssten sich langfristig auf drastisch steigende Abwassergebühren einstellen, sollte das Land NRW in seiner Überarbeitung des Landeswassergesetzes die Privatisierung der Abwasserbeseitigung zulassen. "Das Land muss wissen, dass Privatunternehmer, welche die Abwasserentsorgung übernehmen, umsatzsteuerpflichtig sind", sagt StGB-NRW-Hauptgeschäftsführer Bernd Jürgen Schneider. Diese Umsatzsteuer treffe dann in Form einer entsprechenden Gebührenerhöhung die Verbraucher.

Privates Know-how und größere Effizienz

"Ein Verkauf der Kanalisation ist immer auch eine politische Entscheidung", sagt der Professor für Öffentliche Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Nordhausen, Stefan Zahradnik. Und häufig seien die Hemmungen, ein bisher kommunal betriebenes Netz zu verkaufen, groß. "In jedem Einzelfall sollten daher zuvor die vermuteten ökonomischen Auswirkungen ermittelt werden."

Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin sieht in der Beteiligung von privaten Dritten an öffentlichen Unternehmen oder in einer Teilprivatisierung der Abwasserentsorgung hingegen eine Reihe von Vorteilen. "Neben dem möglichen Verkaufserlös wird häufig die erhoffte Nutzung von privatem Know-how, die möglicherweise größere Effizienz in der Leistungserstellung und die damit verbundene größere Servicequalität als das Motiv zur Einbindung privater Partner genannt", sagt Libbe, der gerade einen strategischen Leitfaden für Kommunen erarbeitet hat. Das Buch mit dem Titel "Transformation netzgebundener Infrastruktur. Strategien für Kommunen am Beispiel Wasser" erscheint voraussichtlich Anfang August.

Der Annahme, bundesweit drohe den Kommunen mit Aussicht auf Milliardeneinnahmen eine Privatisierungswelle, widerspricht Libbe. "Private Versorger haben nur Interesse an größeren Kommunen mit mindestens 50.000 Einwohnern", sagt Libbe. In der Fläche helfe Privatisierung daher überhaupt nicht weiter.

Fundstelle:

FTD-Online vom 26.05.2006